

12. Integrationsministerkonferenz 2017

am 16. und 17. März 2017 in Friedrichshafen

TOP 2.5

Aktive gesellschaftliche Teilhabe von zugewanderten Menschen stärken und interkulturelle Öffnung der Regelsysteme nachhaltig verankern

Antragsteller: Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen

Die IntMK hat mehrheitlich beschlossen:

1. Die Integrationsministerkonferenz (IntMK) ist davon überzeugt, dass eine aktive Teilhabe aller in einer Gesellschaft der Vielfalt lebenden Menschen wichtig ist für das friedliche Zusammenleben und für den Erhalt einer lebendigen Demokratie.
2. Die IntMK begrüßt die Programme des Bundes zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements von Geflüchteten und für Geflüchtete. Der Bund wird gebeten, die Länder bei der Weiterentwicklung und der Umsetzung seiner Programme frühzeitig mit einzubeziehen, damit Erfahrungen der Länder über die Strukturen vor Ort und über bereits bestehende oder erprobte Programme besser einfließen können.
3. Die IntMK ist sich einig, dass die interkulturelle Öffnung der Regelsysteme (u. a. Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheitsversorgung) und damit zusammenhängend die von Behörden, Verbänden und Unternehmen eine Voraussetzung dafür ist, dass sich zugewanderte Menschen aktiv in die Aufnahmegesellschaft einbringen können.
4. Die IntMK unterstreicht, dass die Förderung interkultureller Öffnungsprozesse ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Integrations- und Teilhabepolitik ist. Insbesondere mit Blick auf die aktuelle Zuwanderungssituation sollten begonnene Öffnungsprozesse kon-

sequent fortgesetzt, intensiviert und nachhaltig verstetigt werden. Dies ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund, die schon lange in Deutschland leben, und von denen, die in den vergangenen Jahren - z. B. im Zuge der Flüchtlingsbewegungen - zu uns gekommen sind.

5. Die IntMK erachtet dabei insbesondere folgende Aufgaben als wesentlich:

- Die Regelsysteme sind so zu öffnen, dass strukturelle Ausgrenzungen und Diskriminierungen vermieden werden.
- Bereits vorhandene Kompetenzen von Zugewanderten sind anzuerkennen und wertzuschätzen und können die Basis für Anpassungsausbildungen und Weiterqualifizierungen bilden.
- Bereits begonnene Organisations-, Personal- und Qualitätsentwicklungsprozesse im Bereich der interkulturellen Öffnung der Verwaltung sollen verstetigt und nachhaltig implementiert werden. Hierunter fallen insbesondere Maßnahmen zur rechtlichen, strategischen und organisatorischen Verankerung interkultureller Öffnungsprozesse.
- Die kontinuierliche Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst soll durch einen systematischen Abbau von Einstellungshindernissen sowie durch diversitygerechte Werbemaßnahmen unterstützt werden. Langfristiges Ziel sollte es sein, diesen Anteil dem Gesamtanteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der jeweiligen Gesamtbevölkerung anzunähern.
- Fortbildungsangebote zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Beschäftigten in den Verwaltungen sollen fortgeführt und weiterentwickelt werden. Besonderer Handlungsbedarf wird hier bei der Entwicklung berufsgruppenbezogener Qualifizierungskonzepte gesehen.
- Interkulturelle Aspekte sollen bei der Entwicklung von Förderprogrammen und Maßnahmen stärker berücksichtigt werden.
- Aktivitäten zur interkulturellen Öffnung zentraler gesellschaftlicher Akteure, wie beispielsweise von Verbänden oder Unternehmen, verdienen Unterstützung und sollten angestoßen werden.

6. Für die IntMK gehört zu einer modernen Integrationspolitik insbesondere auch die Durchsetzung gesellschaftspolitischer und rechtlicher Ansprüche auf Teilhabe sowie die Partizipation an der sozialen Infrastruktur. Dabei ist die Willkommens- und Ankommenskultur in Richtung einer Anerkennungs- und Integrationskultur auf allen staatlichen Ebenen weiter zu entwickeln.

7. Die IntMK stimmt darin überein, dass der länderübergreifende Austausch zu erfolgreichen Strategien und Konzepten im Bereich der interkulturellen Öffnung notwendig ist und weiter intensiviert werden sollte.